

Innerrhoder Staatsanwalt hat gekündigt

Zäsur Herbert Brogli, leitender Staatsanwalt in Appenzell Innerrhoden, hat nach zwölfjähriger Tätigkeit als Strafverfolger im Kanton Appenzell Innerrhoden auf Ende Januar 2019 gekündigt. Das schreibt die Ratskanzlei in einer Mitteilung.

Für Landesfährnrich Martin Bürki kam die Kündigung nicht überraschend. «Herr Brogli hat schon vor einiger Zeit angekündigt, dass er sich neu orientieren und nicht mehr allzu lange bei der Staatsanwaltschaft bleiben möchte», sagt Bürki auf Anfrage. Über die genauen Gründe für Broglis Entschluss könne er jedoch nur spekulieren. Auch welche berufliche Richtung jener nun einschlägt, wisse er nicht.

«Unabhängig von Untersuchung»

Dass die Kündigung jedoch im Zusammenhang mit der Administrativuntersuchung des Zuger alt Regierungsrates Hanspeter Uster bezüglich der Verjährung eines Todesfalls eines 17-jährigen Lehrlings in einer Autogarage in Appenzell, der Durchführung jenes Verfahrens und der Organisation der Innerrhoder Staatsanwaltschaft steht, verneint der Landesfährnrich.

Denn jener Bericht liegt – obwohl er für dieses Frühjahr angekündigt wurde – noch nicht vor. «Uster hat sich bei uns gemeldet und meinte, dass er aus Zeitgründen den Bericht noch nicht fertigstellen konnte.» 2010 war der Lehrling in einem Warenlift gestorben, der nicht den Sicherheitsgesetzen entsprochen hatte und vom Arbeitsinspektorat schon mehrfach beanstandet worden war.

Die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen wegen fahrlässiger Tötung ein. Erst 6³/₄ Jahre nach dem Unfall reichte sie jedoch den Fall ans Bezirksgericht weiter. Die Verjährung war nicht mehr abzuwenden. Die Stelle des Staatsanwalts wird nun neu ausgeschrieben. Brogli selber war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Er weilt derzeit in den Ferien. (asz)

Hebammen brauchen Geld

Gynäkologie Der Ort für das geplante Geburtshaus St. Gallen steht fest: die Überbauung Lindenpark im Osten der Stadt. Jetzt startet ein Crowdfunding. Davon hängt vieles ab.

Katharina Brenner
katharina.brenner@tagblatt.ch

«Eröffnung: April 2019», steht auf der Internetseite des Geburtshauses St. Gallen. Dabei ist ein wichtiger Faktor unklar: die Finanzierung. «Damit wir eröffnen können, brauchen wir eine Million Franken», sagt Sabine Kurz, eine der vier Hebammen aus dem Appenzellerland, die hinter dem Projekt stecken. Die Summe bräuchten sie als Sicherheit für laufende Kosten wie Miete und Personal. Und als Reserve, da die Krankenkassen Rechnungen erst ein bis zwei Monate nach Erhalt bezahlen. Die Hebammen stehen in Kontakt mit Grossinvestoren und Stiftungen. «Mindestens 100 000 Franken sollen übers Crowdfunding zusammenkommen», sagt Kurz. Damit soll das Inventar finanziert werden. Gerade hat die Startphase begonnen: Auf www.lokalhelden.ch, einer Plattform der Raiffeisen-Bank, sammeln die Initiantinnen Fans. Sie brauchen 100, dann kann das Crowdfunding beginnen. Es soll 90 Tage laufen. «Je mehr Geld wir sammeln, desto besser. Um die gesamten Inventarkosten decken zu können, benötigen wir 250 000 Franken.»

Im Geburtshaus können Frauen entbinden und das Wochenbett verbringen – wenn sie möchten mit Partner. Auch Frauen, die im Spital entbinden, können fürs Wochenbett ins Geburtshaus. Für die Gebärenden entstehen dadurch keine Mehrkosten – sofern es das Geburtshaus auf die Spitalliste schafft. Sobald das Projekt bezüglich Infrastruktur, Personal und Finanzierung hinlänglich konkretisiert sei, könne ein Antrag für Aufnahme in die Spitalliste erfolgen, heisst es beim St. Galler Gesundheitsdepartement. Gesundheitschefin Heidi Hanselmann schätzt die Chancen als gut ein. Sie begrüsst das Projekt, da es eine Versorgungslücke schliessen würde (Ausgabe vom 4. Mai). Seit dem Aus des «Artemis» in Steinach 2011 aus betriebswirtschaftli-



Zum Inventar des Geburtshauses wird ein Herztonüberwachungsgerät gehören.

Bild: Getty

chen Gründen – es stand nicht auf der Spitalliste – hat die Ostschweiz kein Geburtshaus mehr.

Mietvertrag in neuer Überbauung unterschrieben

Das Geburtshaus St. Gallen soll in der Überbauung Lindenpark entstehen, in unmittelbarer Nähe zum Kantonsspital und mit fünf Familien- und zwei Geburtszimmern, Kurs- und Therapieraum, Büros, Küche und Stube. Die vier Hebammen haben den Mietvertrag bereits unterschrieben und eine GmbH gegründet. Fünf oder sechs weitere Hebammen sollen das Team ergänzen, so Kurz. Die Zahl der Geburten in den

23 Schweizer Geburtshäusern stieg die letzten Jahre kontinuierlich an: auf 1769 im Jahr 2016. In der Regel ist die Baserate – der Preis für die Behandlung – im Geburtshaus tiefer als im Spital. Der Grund ist die aufwendigere Infrastruktur im Spital.

Die Verlegungsrate vom Geburtshaus ins Spital liege bei Erstgebärenden bei zehn bis zwölf Prozent, sagt Silvie Baumann, Geschäftsleitung Geburtshaus Zürcher Oberland. Viele Ostschweizerinnen weichen dorthin aus. Was hält Baumann von der potenziellen Konkurrenz? «Ein Geburtshaus in St. Gallen wäre dringend nötig.» Wenn die für

ein Geburtshaus sinnvollen medizinischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen gegeben sind, sei ein Geburtshaus durchaus eine Bereicherung für die Region, sagt René Hornung, Chefarzt Frauenklinik am Kantonsspital St. Gallen. Wichtig seien klar definierte Ein- und Ausschlusskriterien für eine Geburt im Geburtshaus, was den Gesundheitszustand der Mutter und des Kindes betrifft. Ebenso wichtig sei eine frühzeitige Verlegung, wenn sich ein Problem bei der Mutter oder dem Kind anbahne. Eine Zusammenarbeit zwischen dem Kantonsspital und dem Geburtshaus ist bereits geplant.

Kommentar

Ein Stück Wahlfreiheit

Sie haben eine Idee, ein Konzept und eine Liegenschaft.

Was die Hebammen jetzt brauchen, ist Geld. Und einen Platz auf der Spitalliste. Dieser fehlte dem letzten Geburtshaus der Ostschweiz, das 2011 seine Türen schloss. Die Wirtschaftlichkeit muss – wie in jedem anderen Unternehmen auch – in einem Geburtshaus stimmen. Aus gesundheitsökonomischer Sicht lohnen sich die Häuser: Geburten sind dort in der Regel günstiger als im Spital.

Ob das Konzept des Geburtshauses St. Gallen aufgeht,

wird sich zeigen. An der Nachfrage wird es kaum scheitern. Denn immer mehr Frauen bevorzugen die persönliche Betreuung und ruhige Atmosphäre im Geburtshaus gegenüber dem Spital – mit der Option, bei Komplikationen dorthin wechseln zu können. Das wäre auch beim St. Galler Projekt der Fall. Und hochschwängere Ostschweizerinnen, die in einem Geburtshaus gebären wollen, müssten dann nicht mehr bis ins Zürcher Oberland fahren.

Ein Geburtshaus in der Ostschweiz würde die Wahlfreiheit der Frauen vergrössern,

wo und wie sie ihre Kinder zur Welt bringen möchten. Es würde zudem den Standort St. Gallen stärken: Mit 20 Tagen Vaterschaftsurlaub für städtische Angestellte und einer Stadträtin, die schon bald nach der Geburt ihres zweiten Kindes ins Amt zurückkehren möchte, passt ein Geburtshaus gut ins Bild einer familienfreundlichen Stadt.



Katharina Brenner
katharina.brenner@tagblatt.ch

St. Galler Jagd für Regulierung

Grossraubwild Die St. Galler Jagd stelle sich weder gegen den Luchs noch gegen den Wolf, schreibt der kantonale Dachverband der St. Galler Jäger, der von Peter Weigelt präsidiert wird. Gleichzeitig setze man sich aber dafür ein, dass auch Grossraubwild reguliert werden müsse, wenn Bestände kritische Limiten überstiegen, heisst es im offenen Brief der Revierjagd St. Gallen weiter. Im Kanton sei beim Luchs mit einer Dichte von über 2 Tieren pro 100 Quadratkilometer die Limite erreicht. Man unterstütze JagdSchweiz und die Parlamentariergruppe «Jagd und Biodiversität». Gehofft wird, dass der eidgenössische Gesetzgeber in der Revision des Jagdgesetzes die Voraussetzung für eine Regulierung von Luchs und Wolf schafft. Dann könne auch in den heute teils massiv betroffenen Regionen wieder eine auf klare Zielsetzungen abgestützte Diskussion geführt werden. (red)

Tournee zur Zukunft der Spitäler

Gesundheit Die St. Galler Spitalpolitik treibt Politiker und Bevölkerung um. Mit raschen Antworten ist nicht zu rechnen – trotz Anlässen des Lenkungsausschusses.

Die Spitaldebatte hat Sommerpause. Jedenfalls in der Öffentlichkeit. Dennoch dürften die drohenden Spitalschliessungen da und dort die Gemüter in Wallung halten. Und Spitalvertreter, wo immer sie hinkommen, mit Fragen zur künftigen St. Galler Spitallandschaft konfrontiert werden. Keine Spitalpause macht Kantonsrat Sandro Hess. Der SVP-Politiker und Schulleiter aus Balgach hat dieser Tage einen politischen Vorstoss eingereicht. Es dürfe nicht passieren, dass die Bevölkerung in wenigen Jahren «erneut vor den Kopf gestossen» werde – wie aktuell geschehen. Daher müssten nun sämtliche Zusammenhänge rund um die Spitalstandorte «intensiv analysiert» werden.

Eine drängende Frage ist aus Sicht von Hess bislang vergessen

gegangen: Er will von der Regierung wissen, wie viele private Liegenschaften der Kanton heute bereits für ambulante Kliniken, Beratungs- oder Behandlungstellen mietet. Und wie viele Immobilien der Kanton künftig dafür zusätzlich zu mieten gedenkt. «In diesem Bereich besteht Klärungsbedarf», hält Hess fest.

FDP und SVP sind Antworten gewiss

Die Fragen des Rheintalers gesellen sich zu einer ganzen Reihe früherer dazu. Der Spitalverwaltungsrat hatte Anfang Juni publik gemacht, dass Altstätten, Flawil, Rorschach, Walenstadt und Wattwil bald ohne Spital dastehen könnten. Die Reaktionen liessen nicht lange auf sich warten, und in der darauffolgenden Junisession überboten sich die Fraktio-

nen des Kantonsparlaments gegenseitig mit Vorstössen zur künftigen Spitalstrategie. Die Fragen reichen von Sorgen einzelner Regionen über allfällige Sofortmassnahmen bis hin zur Einbindung des Parlaments. Die Regierung hat die Vorstösse allesamt noch nicht beantwortet, und es ist fraglich, ob dies bis zur Septembersession der Fall sein wird. Der Lenkungsausschuss – ihm gehören Mitglieder der Regierung und des Spitalverwaltungsrats an – hat nämlich klar gemacht: Die Erarbeitung der künftigen Spitalstrategie ist kein Pappenstiel; erste Zwischenergebnisse sind für Frühling 2019 versprochen.

Einzig FDP und SVP hat die Regierung Antworten für die nächste Session versprochen. Die beiden Fraktionen gehen mit ihr hart ins Gericht und werfen

ihr vor, sich nicht rechtzeitig und zu wenig ernsthaft mit den desolaten Spitalfinanzen auseinandergesetzt zu haben.

Möglicherweise rascher als die Kantonspolitiker erhält die Bevölkerung Antworten auf ihre Fragen. Der Lenkungsausschuss startet nach den Sommerferien eine Tournee durch den Kanton; bis Ende März 2019 wollen die drei Regierungsmitglieder Heidi Hanselmann, Marc Mächler und Beni Würth, Spitalverwaltungsratspräsident Felix Sennhauser und Spitalverwaltungsrätin Yvonne Biri Massler alle Wahlkreise besuchen und Gespräche mit der Bevölkerung führen. Die Daten und Orte der Veranstaltungen sind noch nicht bekannt.

Regula Weik
regula.weik@tagblatt.ch

Ein weiteres Feuerverbot

Innerrhoden Nach zahlreichen anderen Kantonen setzt nun auch die Innerrhoder Standeskommission ein Feuerverbot im Wald und in Waldesnähe in Kraft. In Appenzell Innerrhoden seien am letzten Wochenende noch 10 bis 22 Millimeter Regen gefallen, teilte die Ratskanzlei gestern mit. Seither habe die Trockenheit in und ausserhalb von Wäldern aber stetig zugenommen. Deshalb wird nun im Kanton das Entfachen von Feuer jeglicher Art im Wald und in Waldesnähe verboten. Unter anderem ist dort auch das Abfeuern von Feuerwerk untersagt.

Damit gilt in der ganzen Ostschweiz ein gleichlautendes Feuerverbot. Im Kanton St. Gallen haben einzelne Gemeinden wie Gams, Grabs und Sennwald die Massnahme allerdings bereits zu einem absoluten Feuer- und Feuerwerksverbot auf dem gesamten Gemeindegebiet verschärft. (sda)